



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Irak 2017

Das Jahr 2017 war geprägt vom militärischen Konflikt zwischen der irakischen Regierung und den IS-Truppen in der Region von Mossul. Die irakische Armee hat zu diesem Zweck paramilitärische Gruppierungen wie die PMU in ihre Streitkräfte integriert. 2016 wurden die PMUs offiziell Teil der Armee. Sie werden mit systematischen Menschenrechtsverletzungen wie Verschwindenlassen, extralegalen Hinrichtungen und Folter in Verbindung gebracht.

2017 kam es bei der Schlacht um die Befreiung von Mossul aus den Händen der IS-Besatzung zu einer humanitären Katastrophe mit großen zivilen Opfern. In einem Bericht, der im Juli erschien (*At any cost: The civilian catastrophe in West Mosul, Iraq*) stellt AI fest, dass der IS regelmäßig Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzt hat, während die irakische Armee und die US-Streitkräfte keine Rücksicht auf Zivilisten genommen haben. Viele Zivilisten wurden vom IS in ihren Häusern eingeschlossen, um zu verhindern, dass sie sich in Sicherheit bringen konnten. Wer bei der Flucht erwischt wurde, wurde getötet und zur Warnung an den Strommasten aufgehängt, wo sie für Tage hingen. Da die Zivilisten gezwungen wurden, dem IS in die Kampfgebiete zu folgen, wurden diese Gebiete immer dichter besiedelt. Die Kriegsstrategie, der Einsatz ungenauer Munition, wurde an diese Realität jedoch nicht angepasst. Es kam darum zu mehreren tausend Toten in der Zivilbevölkerung. Zusätzlich zur desolaten humanitären Situation mehren sich Berichte, dass regierungstreue Kräfte Menschen verschwinden lassen, vor schnelle und unfaire Gerichtsverfahren stellen, hinrichten und Geständnisse unter Folter erpressen.

Zudem gab es im Jahr 2017 mehrfach Massenhinrichtungen, so wurden am 23.1. 31 Männer wegen der Beteiligung am Speicher-Massaker in einer Massenhinrichtung getötet. Ihr Verfahren war massiv unfair, die Geständnisse wurden unter Folter erpresst. Ähnliches geschah am 25.9 (42 Personen wegen Terrorismusverdacht) und am 14.12 (38 Personen, ebenfalls wegen Terrorismusverdacht). Auch hier geht AI von unfairen Gerichtsverfahren und Folter aus.

Mitte Oktober kam es zu ethnischen Zusammenstößen in der Region Tuz Khumuta. Die PMU und turkmenische Milizen hatten - offensichtlich mit Billigung der irakischen Regierung - in der kurdischen Region zehntausende Menschen aus ihren Häusern vertrieben, geplündert und gebrandschatzt. Mindestens elf Menschen kamen ums Leben. Die Menschen wurden mit Mörsergranaten und Scharfschützen beschossen, Nachbarn plünderten ihre Häuser und brannten sie nieder. Der Ort ist eigentlich unter der gemeinsamen Kontrolle von Kurden, Turkmenen und der irakischen Regierung, am 16.10. hat jedoch die irakische Regierung die Kontrolle übernommen. Es kam auch in der Vergangenheit schon zu gewaltsamen Zusammenstößen der Ethnien. Anfang Januar 2018 leitete die irakische Regierung eine Untersuchung des Vorfalles ein.